# Hanse- und Universitätsstadt Rostock

# Bürgerschaft

#### Niederschrift

# Sitzung des Ortsbeirates Kröpeliner-Tor-Vorstadt

Sitzungstermin: Mittwoch, 21.11.2018

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 22:00 Uhr

Ort, Raum: Beratungsraum Nr. 3.11, Eigenbetrieb "Kommunale Objektbewirtschaf-

tung und -entwicklung der Hansestadt Rostock", KOE, Ulmenstraße 44,

18057 Rostock

#### Sitzungsteilnehmer:

**Vorsitz** 

Anette Niemeyer Rostocker Bund/ Graue/ Auf-

bruch 09

reguläre Mitglieder

Matthias SiemsSPDJulia RichterDIE LINKE.Eckhard BrickenkampDIE LINKE.Andreas SzabóDIE LINKE.Victoria Maresa LehmannCDUHans-Joachim ToscherCDU

Friedrich Gottschewski SPD

Andrea Krönert BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Felix Winter BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Claudia Gielow UFR

Verwaltung

Stephanie Bornstein Ortsamt Mitte
Nele Dreyer Ortsamt Mitte

Gäste

Katja Gödke WWAV
Stefan Bräunlich WWAV
Tobias Schulze WWAV

Ulrich Jacobs Klärschlamm-Kooperation Klaus Rhode Klärschlamm-Kooperation

Prof. Ingo Lütkemeyer IBUS Architekten
Tom Martens Neptun Kai GmbH
Juliane Lütkemeyer Neptun Kai GmbH

Fred Muhsal Investor, Neptun Kai GmbH

Thomas Pohlandt i.A. von Mc Schrott

Marina Haas WIRO

Ausdruck vom: 03.01.2019

| Jan Zuch      | MV 1 |
|---------------|------|
| Thomas Böhm   | MV 1 |
| Andreas Meyer | OZ   |

## Sachkundige Einwohner

Tino Hermann

#### **Tagesordnung:**

#### (öffentlich)

- Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- Änderung der Tagesordnung 2
- Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2018 und 17.10.2018 3
- Wünsche und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner 4
- Fragen, Hinweise und Informationen der Ortsbeiratsmitglieder und Ortsamtes 5
- Informationen 6
- 6.1 Bearbeitungsstand "Neubau Klärschlammanlage", Carl-Hopp-Str.
- Bauvorhaben Kurt-Dunkelmann-Straße 6.2
- 7 Anträge
- Antrag des Ortsbeirates zur öffentlichen Widmung der Fläche "Brink" 7.1
- Beschlussvorlagen 8
- 9 Bauantrag
- Nutzung einer Fläche als Lagerplatz für Buntmetallhandel, Werftstr. 20 9.1
- Stellungnahme des OBR zur Festsetzung der Veranstaltung "Wochenmarkt-Dobera-10 ner Platz"
- Verschiedenes 11
- Schließen der öffentlichen Sitzung 12

#### (nichtöffentlich)

13 Berichte zu aktuellen Bauanträgen

## Schließen der nichtöffentlichen Sitzung

#### Protokoll:

14

#### (öffentlich)

# TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Niemeyer begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung aller Mitglieder fest.

Frau Niemeyer stellt anschließend die Beschlussfähigkeit des Ortsbeirates mit 11 von 11 Mitgliedern fest.

Die anwesenden Medienvertreter von MV 1 erklären, dass Ton- und Bildaufnahmen zum Tagesordnungspunkt 6.1 vorgenommen werden. Es gibt seitens der Anwesenden keine Einwände. Frau Niemeyer macht des Weiteren darauf aufmerksam, dass private Ton- und Bildaufnahmen nicht gestattet sind.

## TOP 2 Änderung der Tagesordnung

Frau Niemeyer stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt 3 durch die "Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2018" und um Tagesordnungspunkt 5 "Informationen der Ortbeiratsmitglieder und Ortsamtleitung" zu ergänzen.

Der Ortsbeirat stimmt der Änderung der Tagesordnung zu.

#### Abstimmung: Abstimmungsergebnis:

| Dafür:        | 11 |
|---------------|----|
| Dagegen:      | 0  |
| Enthaltungen: | 0  |

| Angenommen | х |
|------------|---|
| Abgelehnt  |   |

#### TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2018 und 17.10.2018

Herr Dr. Winter macht vor der Abstimmung darauf aufmerksam, dass die Vertreter der Stadtverwaltung, ebenfalls im Protokoll aufgeführt werden sollen.

Anschließend soll das als Standardisierung aufgenommen werden und in den folgenden Protokollen berücksichtigt werden.

Es lagen bis zum Sitzungszeitpunkt keine schriftlichen und am Sitzungstag auf Nachfrage keine mündlichen Korrekturbedarfe vor. Damit gelten beide Sitzungsniederschriften als genehmigt.

## TOP 4 Wünsche und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Hermann (sachkundiger Einwohner) erfragt, wann der Spielplatz hinter der Jet Tankstelle realisiert wird, da es bereits vor ca. 3 Jahren auf der Tagesordnung zur Beratung stand. Frau Bornstein erklärt, dass der Spielplatz Bestandteil des Bebauungsplanes ist, der sich z. Zeit in Überarbeitung befindet. Daher kann kein konkreter Termin genannt werden.

Frau Niemeyer fordert nochmal den genauen Stand des Planes zu erfragen.

Eine Anwohnerin fragt, was genau am 12.12.2018 in der KTV geplant sei. Daraufhin verweist Frau Niemeyer die Frage auf den nächsten Tagesordnungspunkt.

## TOP 5 Fragen, Hinweise und Informationen der Ortsbeiratsmitglieder und Ortsamtes

Frau Gielow bittet um Auskunft zur Dauer der Baustestelle am Kabutzenhof , Ecke Doberaner Straße.

Frau Niemeyer verliest eine Frage des "Radio LOHRO" an den Ortsbeirat zur Sicht des Ortbeirates bezüglich alternativer Wohnprojekten.

Herr Siems verliest, eine vorbereitete Stellungnahme und stellt diese zur Diskussion: "Wohnen ist soziale Frage, Entwicklung der Stadt muss alle Formen des Zusammenlebens unbedingt berücksichtigen. Wir sehen Wohnprojekte als ein Element der nachhaltigen Stadtentwicklung an.

Wohnprojekte werden von uns als Knoten kultureller und sozialer Interaktionen gesehen, die der sozialräumlichen, ethnischen und demografischen Trennung entgegenwirken.

Wir fordern die Stadtverwaltung auf, Projekte für generationenverbindendes Wohnen, gemeinschaftliche, selbstverwalte Wohnprojekte, alternative Wohnformen, inklusives Wohnen und Zusammenleben zu fördern und aktiv in die Planungen der Wohnraumentwicklung in Rostock einzubringen."

Der Ortsbeirat stimmt dieser Stellungnahme zu.

#### **Abstimmung:**

## **Abstimmungsergebnis:**

| Dafür:        | 11 |
|---------------|----|
| Dagegen:      | 0  |
| Enthaltungen: | 0  |

| Angenommen | Х |
|------------|---|
| Abgelehnt  |   |

Die Stellungnahme soll an den Oberbürgermeister, alle Senatoren und den Präsidenten geschickt werden.

Frau Niemeyer nimmt nun Bezug auf die angesprochene Problematik zur Kundgebung der AfD am 12.12.2018 in der KTV vom Ulmenmarkt, über die Ulmenstraße, Maßmannstraße, Doberaner Straße, Doberaner Platz.

<u>Frau Bornstein</u> erklärt, dass noch keine abschließende Aussage zum Antrag der AfD gemacht werden kann. Beantragt wurde die Demonstration von 16 bis 21 Uhr.

<u>Herr Brickenkamp</u> merkt an, dass u. U. mit massiven Einschränkungen des ÖPNV zu rechnen sein wird. Er fragt, wie die Erreichbarkeit von Unternehmen, Gewerbeeinrichtungen, Schulen und Kita's sicher gestellt werden soll.

<u>Frau Bornstein</u> verweist auf die ausstehenden Kooperationsgespräche zwischen Antragsteller, der Versammlungsbehörde und der Polizei.

<u>Herr Siems</u> stellt die Parksituation am Ulmenmarkt sowie der Nutzungsmöglichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel an allen betroffenen Standorten zu der entsprechenden Zeit in Frage.

<u>Frau Bornstein</u> sichert zu, die Hinweise und Fragen weiterzuleiten, damit diese Berücksichtigung finden.

Die Ortsbeiratsmitglieder äußern ihren Unmut über die geplante Demonstration und den damit einhergehenden Einschränkungen.

Frau Richter informiert, dass der Ausschuss für Jugend/Soziales/Kultur ein Positionspapier erarbeitet hat, dass zur Diskussion gestellt wird:

"Die KTV ist ein offener und multikultureller Stadtteil. Hier wächst der größte Uni-Campus Rostocks, mit seinen vielen ausländischen Mitarbeitenden und Studierenden. In der KTV sind international tätige Unternehmen und Institute ansässig. In unserem Stadtteil ist kein Platz für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Wir empfinden einen Aufzug der AfD mitten in unserem Stadtteil, auf einem der belebtesten Plätze, als eine Provokation, die wir nicht unwidersprochen lassen.

Die Erfahrung der letzten Aufzüge der AfD, besonders dem im Hansaviertel, lässt erkennen, dass AfD-Aufzüge von Seiten der Polizei und der Ordnungsbehörde als eine erhöhte Gefährdung eingeschätzt werden. Die Lösungen waren massive verkehrstechnische Einschränkungen und Eingriffe in das öffentliche Leben der Menschen. Und damit in das Leben derer, die in der Stadt wohnen, arbeiten oder ihre Kinder in Schulen oder Betreuungseinrichtungen haben.

Die demokratische Errungenschaft der Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut. Wenn aber die Polizei die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gewährleisten kann, fordern wir die Untersagung dieser Kundgebung auf dem Ulmenmarkt und des Aufzugs durch die KTV über Ulmenstraße, Maßmannstraße, Lübecker Straße, Doberaner Straße zum Doberaner Platz am 12.12.2018. Oder zumindest die räumliche Verlegung in weniger belebte Teile unseres Stadtteils, z.B. der Carl-Hopp-Straße.

Wir bedauern es sehr, dass die Polizei und Versammlungsbehörde nicht die Möglichkeit genutzt haben, auf der heutigen Ortsbeiratssitzung über ihre geplanten Maßnahmen zu informieren."

Das Positionspapier soll dem Oberbürgermeister, der Polizei und dem Bürgerschaftspräsidenten übergeben werden.

Der Ortsbeirat stimmt dem Entwurf zu.

#### **Abstimmung:**

#### **Abstimmungsergebnis:**

| Dafür:        | 9 |
|---------------|---|
| Dagegen:      | 1 |
| Enthaltungen: | 1 |

| Angenommen | Χ |
|------------|---|
| Abgelehnt  |   |

Eine Einwohnerin fragt, ob dies die einzige Maßnahme ist, die durch den Ortbeirat ergriffen wird. Sie würde sich mehr Informationen für die Einwohner-/innen des Stadtteils wünschen. Ihr fehle die Handlungsaufforderung an die Stadtverwaltung. Es solle mehr Klarheit geschaffen werden und über die Bedingungen gesprochen werden.

Frau Richter entgegnet, dass der Ortsbeirat ausschließlich eine Stellungnahme diesbezüglich abgeben könne und die letzte Entscheidung bei der Polizei und Versammlungsbehörde liegen würde. Wichtig für diesen Prozess wäre, dass die Bürgerschaft die Stimme erheben würde.

Frau Niemeyer fordert zeitnahe Informationen über das Ergebnis der Kooperationsgespräche und rechtzeitige Informationen an die Schulen, Kitas etc. über eventuelle Einschränkungen. Auch sollte die RSAG einbezogen werden.

Frau Niemeyer schlägt dem Ortsbeirat vor, mit dem Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung der Bürgerschaft eine gemeinsame Sitzung zum Thema "Gewährleistung des öffentlichen Lebens und der Sicherheit beim Demonstrationsgeschehen der AfD am 12.12.2018 in der KTV" im besten Falle am 29.11.2018 zu beantragen.

Der Ortsbeirat stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Abstimmung:**

#### **Abstimmungsergebnis:**

| Dafür:        | 10 |
|---------------|----|
| Dagegen:      | 0  |
| Enthaltungen: | 1  |

| Angenommen | Х |
|------------|---|
| Abgelehnt  |   |

In diesem Zusammenhang bittet Herr Szabó um die Einladung und Teilnahme des zuständigen Kontaktbereichsbeamten zur nächsten Sitzung.

Frau Bornstein informiert über die Mitteilung des Bauamtes bezüglich des abgelehnten Bauantrags in der Margaretenstraße 41:

"Hiermit teile ich Ihnen mit, dass nach Prüfung der Bauantragsunterlagen für o. g. Bauvorhaben die Baugenehmigung am 07.11.2018 erteilt wurde.

Der Forderung des Ortsbeirates KTV der Sitzung am 29.11.2017, das Bauvorhaben zu versagen, konnten wir nicht nachkommen, da der Erteilung der Baugenehmigung gemäß § 72 Abs. 1 LBauO M-V keine öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstanden."

Herr Szabó informiert, über ein neues Projekt des KTV Verein, das "KTV Wichteln" am 15.12.2018 auf dem Margaretenplatz von 13 bis 18 Uhr. Eingebunden sind die umliegenden Kindergärten und Schulen. Es wird Glühwein, Punsch, Plätzchen und einen zu schmückenden Tannenbaum geben. Wegen einer nicht vorhandenen festen Hülse auf dem Platz wird der Baum danach entfernt.

Die Veranstaltung soll ein Gegenstück zu dem großen, kommerziellen Rostocker Weihnachtsmarkt sei.

#### **TOP 6** Informationen

## TOP 6.1 Bearbeitungsstand "Neubau Klärschlammanlage", Carl-Hopp-Str.

Herr Rhode und Herr Jacobs stellen an Hand einer Präsentation das Projekt der Klärschlammverwertungsanlage vor. Die Präsentation ist Bestandteil des Protokolls. (siehe Anlage)

Da es sich hier um ein kommunales Unternehmen handelt, stellt die Einbeziehung der EinwohnerInnen ein wichtiges Ziel dar. Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist ein Kernpunkt der Arbeit. Gewinne werden durch den Einsatz von Klärschlammverwertungen nicht erzielt, da kostendeckend und kommunal gearbeitet wird. Dies bedeutet, dass die Preise für den Bürger stabil bleiben.

Herr Jacobs spricht alle an, sich bei Fragen und Wünschen auf der Internetseite www.klaer-schlamm-mv.de zu melden. Es ist eine Dialogseite eingerichtet. Fragen werden umgehend beantwortet und veröffentlicht.

Frau Niemeyer hinterfragt die Einordnung des Vorhabens im B-Plan Gewerbegebiet "ehemaliger Grenzschlachthof".

Frau Bornstein erklärt, dass der B-Plan um die entsprechende Fläche verkleinert wird. Das Vorhaben wird nach BauGb Par. 34 eingereicht.

Frau Gödke informiert, dass es sich bei dem Vorhaben um ein "Industriegebiet" handelt, dass nicht in den B-Blan eingeordnet werden kann und damit nicht zulässig wäre.

Die Beschlussvorlage 2018/BV/4179 ist seit 21.11.2018 zur Behandlung in der Bürgerschaft am 30.1.2019 frei geschaltet.

Im Anschluss erfolgt die Diskussion.

Frau Niemeyer äußert die Erwartung, dass zeitgleich zur Beschlussvorlage 2018/BV/4179 auch der veränderte Entwurf des B-Plans "Ehemaliger Schlachthof" von der Verwaltung vorgelegt werden muss. Die Auswirkungen der Klärschlammverbrennungsanlage auf das B-Plan-Gebiet müssen bekannt sein.

#### Herr Dr. Winter:

- 1. In Rostock herrscht, durch das Steinkohlekraftwerk, ein höherer Quecksilbergehalt. Ist somit der Vergleich mit den Grenzwerten in Zürich statthaft?
- 2. Man liest es "Phosphorrückgewinnungsoption". Gibt es Unterschiede beim gewonnenen Phosphorgehalt zwischen den verschiedenen Standorten?
- 3. Auch wenn die Entfernung des Schlammes vom Feld befürwortet wird, ist die Effektivität des Transportes fraglich. Könnte eventuell ein anderer Standpunkt geprüft werden, wenn es auch in Rostock nötig ist, einen Großteil des Schlammes zu "importieren".

Herr Jacobs und Herr Rhode gehen auf die gestellten Fragen wie folgt ein:

- Zu 1. In der gesamten Kooperation gibt es einen Partner, bei dem die Quecksilberwerte etwas problematisch eng am Grenzwert liegen und das ist Rostock. Durch Mischung des Klärschlammes von verschiedenen Standorten, ist die Belastung durch Schwermetalle in der Zusammensetzung wieder gering. Im Prozess wird das Quecksilber in der Trocknungsluft separiert. Im Endergebnis kann festgestellt werden, dass die Quecksilberbelastung in Mecklenburg-Vorpommern niedriger ist, als in Zürich.
- Zu 2. Er spricht auf den Vorteil der ländlichen Struktur, da dort ein hoher Phosphorgehalt vorliegt. Dieser konzentriert sich in der Asche. Da es genaue Vorschriften zur Phosphorgewinnung gibt, werden aus Nassschlamm mindestens 50 % Phosphor und aus der Asche mindestens 80 % Phosphor gewonnen.
- Zu 3. Die Transporte machen auf den gesamten Energieeinsatz 2 % Aufwand aus.

Frau Niemeyer schlägt vor, eine Einwohner-/innen-Versammlung einzuberufen, um den Einwohner/innen vor der Entscheidung Gelegenheit für Fragen und Meinungsäußerungen zu geben.. Dabei ist angedacht, den Ortsteil Gehlsdorf einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zum Thema "Neubau Klärschlammanlage in der Carl-Hopp-Str." eine Einwohner-/innen Versammlung durchzuführen.

Der Vorschlag wird begrüßt. Bereits bestehende Fragen könnten vorab dem Ortsamt zugeleitet werden.

Frau Bornstein gibt dafür auch nochmals die E-Mail Adresse des Ortsamtes bekannt: "ortsamtmitte@rostock.de".

#### **Abstimmung:**

## **Abstimmungsergebnis:**

| Dafür:        | 11 |
|---------------|----|
| Dagegen:      | 0  |
| Enthaltungen: | 0  |

| Angenommen | Χ |
|------------|---|
| Abgelehnt  |   |

Das Ortsamt wird mit der Organisation beauftragt.

Anschließend stellt ein betroffener Investor von neuzubauendem Wohnraum in der Nähe der Klärschlammanlage die Frage, warum diese Anlage in einer Stadt gebaut wird und nicht an einem Standort ohne direkte Nachbarn.

Herr Jacobs entgegnete, dass die Verknüpfung von Klärschlammanfall und der daraus entstehende Klärschlammverwertung so optimal gegeben sei. Weiterhin spiele der Faktor Wasser dabei eine große Rolle. Eine vorgegebene Lärmgrenze werde durch die Anlage nicht über-

schritten, da dies im Genehmigungsverfahren eine wichtige Auflage darstelle.

Ein weiterer Bürger merkte an, dass doch zu prüfen sein könnte, ob es nicht kleinere, günstigere und/oder dezentralisierbare Alternativen gäbe. Mit der Bitte dies vor der Beschlussfassung zu prüfen.

Diesem Einwand steht der Ortsbeirat aufgeschlossen gegenüber.

Ein nächster Einwohner, welcher 50 Meter entfernt von dem zu bebauenden Grundstück lebt, meldet sich und berichtet, dass alle ausgiebig durch die KKMV informiert worden waren, inklusive der Einladung zum Klärschlammanlage in Zürich. Doch auch wenn Grenzwerte eingehalten werden, entstünde eine Immission. Des Weiteren führt der Tourismusweg der Bundesgartenschau im Jahr 2025 an der Anlage vorbei.

Eine Einwohnerin aus der Carl-Hopp-Str. fragte, wo die Ein- und Ausfahrt der Klärschlammanlage sei.

Herr Jacobs bestätigte, dass die Zentrale Einfahrt der Kläranlage ebenso für die Klärschlammanlage genutzt und der Abtransport über die Schlammstrecke erfolgen werde. Schlussendlich kann er bestätigen, dass keine neue Ein- und Ausfahrt geschaffen werden.

#### TOP 6.2 Bauvorhaben Kurt-Dunkelmann-Straße

Herr Lütkemeyer als Architekt sowie Herr Muhsal als Investor stellen das neue Projekt an der Kaikante, Kurt-Dunkelmann-Str., vor. Das Grundstück grenzt an das B-Plan-Gebiet "ehemalige Neptunwerft". Geplant sind 3 Häuser, bei denen nur eines alleine steht. Die anderen beiden sind miteinander verbunden und schmücken sich mit einem begrünten Innenhof in ihrem Zwischenraum, auch für die Öffentlichkeit erreichbar. Die Häuser werden, wie die bereits existierenden Häuser, mit der Stirnseite zur Warnow gebaut. Weiterhin ist angedacht, die Häuser auch in der Höhe anzupassen. Es sind 8 bzw. auf dem äußeren Haus 9 Stockwerke geplant. Unter dem hinteren Gebäude ist eine Tiefgarage geplant, welche über der Wasserlinie liegt.

Es handelt sich bei dem Projekt um Büroflächen, welche im Inneren flexibel gestaltbar sind. Insgesamt können pro Etage Büroeinheiten von 100 bis 1000 qm genutzt werden. Vorstellbar wäre auch eine Kantine mit Ausgang zum Innenhof. Die Voraussetzungen dafür müssen noch geprüft werden. Auch ist eine Photovoltaikanlage auf dem Dach beabsichtigt.

<u>Frau Niemeyer</u> fragt nach dem Stand und Einordnung des Krans "Möwe". Ist eine Aufstellung nach der Sanierung noch möglich?

Herr Lütkemeyer entgegnet, dass diese Frage an die Verwaltung zu richten ist.

Der Ortsbeirat spricht sich insgesamt für die Wichtigkeit einer Begrünung der Anlage aus. Herr Muhsal merkt an, dass der Innenhof bewusst nicht für Parkplätze genutzt werden sollte. Daraufhin haben sie noch ein weiteres Grundstück gekauft, auf dem nun ein Parkhaus errichtet werden soll.

Auf Nachfrage nach Abstellmöglichkeiten für Fahrräder verwies Herr Muhsal auf die Planung, da in den Kellerräumen Fahrradabstellplätze eingeplant sind. Im Vorfeld wurde auch ein Mobilitätskonzept erstellt.

<u>Herr Gottschewski</u> fragt nach der Möglichkeit, einen Spielplatz im Innenhof zu entwickeln. Nach Aussage von Herrn Muhsal stellt sich das eher als schwierig heraus.

<u>Herr Siems</u> erkundigt sich nach der Anzahl der unterzubringenden Beschäftigten.

<u>Herr Muhsal</u> informiert, dass dort etwa 700 Büroarbeitsplätze entstehen können.

<u>Herr Siems</u> bittet die Investoren zu prüfen, ob bei der Anzahl der Beschäftigten ein Angebot zur Kinderbetreuung möglich wäre.

Herr Muhsal nimmt die Idee/ Anregung mit in die eigenen Diskussionsrunden.

Frau Niemeyer fragt, ob eine Veräußerung der Büroräume geplant ist.

<u>Herr Muhsal</u>erklärt, dass das Parkhaus und das Haus 1 in seinem Besitz verbleibe. Der übrige Rest wird in Teilen veräußert.

Im Ergebnis begrüßt der Ortsbeirat die vorfristige Vorstellung des Planes und steht dem Projekt positiv entgegen.

## TOP 7 Anträge

## TOP 7.1 Antrag des Ortsbeirates zur öffentlichen Widmung der Fläche "Brink"

## "Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die notwendigen rechtlichen und verwaltungstechnischen Maßnahmen zur Widmung als öffentliche Verkehrsfläche (für den Fußverkehr) für die Fläche Am Brink, die z.Z. eine fiskalische Fläche der Hanse- und Universitätsstadt Rostock darstellt, zu veranlassen.

#### Begründung:

- 1. Die Fläche wird von der Öffentlichkeit als öffentliche Verkehrsfläche wahrgenommen und genutzt. Diese Nutzung wird geduldet.
- 2. Dem Wunsch des Ortsbeirates, eine Anpassung der Miethöhe an die Sondernutzungsgebühren (Gebührenfreiheit für gemeinnützige Organisationen) kann von der Verwaltung nicht entsprochen werden, siehe Anlage Schreiben des Leiters des Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamtes. So zahlen gemeinnützige Vereine für eine ihrem Zweck entsprechende Veranstaltung mit Info-Tischen zwischen 200 und 300 EUR Miete.
- 3. Die Fläche wird nicht in das Reinigungszyklus der Stadtentsorgung für die Reinigung von Straßen, Wegen und Plätzen eingeordnet."

Frau Niemeyer schlägt vor diesen in den Stadtentwicklungs- sowie Liegenschaftsausschuss der Bürgerschaft zu geben. Es ist ein Antrag des Ortbeirates an die Bürgerschaft.

#### Abstimmung: Abstimmungsergebnis:

| Dafür:        | 11 |
|---------------|----|
| Dagegen:      | 0  |
| Enthaltungen: | 0  |

| Angenommen | Χ |
|------------|---|
| Abgelehnt  |   |

### TOP 8 Beschlussvorlagen

Es liegen keine abzustimmenden Beschlussvorlagen vor.

#### TOP 9 Bauantrag

#### TOP 9.1 Nutzung einer Fläche als Lagerplatz für Buntmetallhandel, Werftstr. 20

Herr Pohlandt erklärt stellvertretend für den Mieter der Fläche, MC Schrott, dass dort eine

Lagerung von Buntmetallen in Containern vorgenommen wird. Es handelt sich um die Fläche in der Werftstraße 20. Das gelagerte Buntmetall wird anschließend an TSR verkauft. Die Betriebszeit liegt Werktags zwischen 9 Uhr und 18 Uhr. Der Fahrzeugverkehr, maximal 30 PKW pro Tag, soll minimiert werden. Die Schrottverladung wird nicht in den Morgen- und Abendstunden stattfinden. Aus dem Bauantrag geht hervor, dass der Bauherr nicht der Eigentümer der Fläche ist.

Frau Richter macht darauf aufmerksam, dass es sich folglich um eine zeitliche bzw. temporäre Aufstellung bzw. Nutzung handeln könnte.

#### **Abstimmung:**

#### **Abstimmungsergebnis:**

| Dafür:        | 11 |
|---------------|----|
| Dagegen:      | 0  |
| Enthaltungen: | 0  |

| Angenommen | Χ |
|------------|---|
| Abgelehnt  |   |

#### TOP 10 Stellungnahme des OBR zur Festsetzung der Veranstaltung "Wochenmarkt-Doberaner Platz"

Frau Bornstein informiert darüber, dass die Termine des Wochenmarktes auf dem Doberaner Platz, die auf einen Feiertag fallen, auf den vorherigen Mittwoch verschoben werden. Darunter fallen:

Christi Himmelfahrt am 30.05.2019, wird auf Mittwoch den 29.05.2019 Tag der Deutschen Einheit am 03.10.2018, wird auf Mittwoch den 02.10.2019 und Reformationstag am 31.10.2019, wird auf Mittwoch den 30.10.2019 verschoben.

Frau Niemeyer macht auf die Freihaltung der Blindenleitsysteme aufmerksam und bittet dies zu prüfen.

Insgesamt stellt der Ortsbeirat fest, dass es sich hierbei um eine Verlegung und keine Erweiterung handelt.

#### **Abstimmung:**

#### **Abstimmungsergebnis:**

| Dafür:        | 10 |
|---------------|----|
| Dagegen:      | 0  |
| Enthaltungen: | 1  |

| Angenommen | Χ |
|------------|---|
| Abgelehnt  |   |

#### TOP 11 Verschiedenes

Frau Niemeyer spricht die Beschlussvorlage 2018/BV/4109 "Vertrag über die Herstellung der öffentlichen Erschließungs- und Grünanlagen für das Vorhaben "Wohnen am Werftdreieck" an, mit der Frage, warum der Ortsbeirat nicht in der Beratungsfolge erscheint.

In dem Vertrag sei bisher keine Regelung zur Kostenübernahme, -verteilung zur Verlegung der Straßenbahn zu finden.

Frau Niemeyer bittet um die Vertagung des Beschlusses, auf Grund der Notwendigkeit, dieses Thema im Ortsbeirat behandeln zu können.

Herr Siems stellt den Verein "SOM e.V." vor. "Evenings Together" nennt sich die zurzeit stattfindende Veranstaltungsreihe im November, sowie Dezember 2018 im Newcomer Café in der Budapester Straße 16.

Frau Niemeyer empfiehlt die Ausstellung im Kröpeliner Tor "Reichpietsch, Köbis, revolutionäre Matrosen. Zur Geschichte einer Gedenkstätte.".

Der OBR äußert den Wunsch nach einer Führung durch die Ausstellung.

Herr Szabó hat den Wunsch Mitglied im Bauausschuss zu werden.

## **Abstimmung:**

## **Abstimmungsergebnis:**

| Dafür:        | 11 |  |
|---------------|----|--|
| Dagegen:      | 0  |  |
| Enthaltungen: | 0  |  |

| Angenommen | Х |
|------------|---|
| Abgelehnt  |   |

Herr Szabo wird Mitglied des Bauausschusses.

Herr Toscher legt seine Tätigkeit im Bauausschuss nieder.

## TOP 12 Schließen der öffentlichen Sitzung

Frau Niemeyer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21.52 Uhr.